

Fragen und Antworten zur Debatte um eine Elementarschaden-Pflichtversicherung

23.7.2026 - | Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft

Starkregen, Hochwasser und andere Naturgefahren führen in Deutschland immer wieder zu schweren Schäden an Häusern. Spätestens seit der Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 wird intensiver darüber diskutiert, wie mehr Wohngebäude gegen Naturgefahren abgesichert und steigende Schäden dauerhaft finanziert werden können. Aktuell wird politisch darüber gesprochen, ob eine Elementarschaden-Pflichtversicherung eingeführt werden soll oder ob andere Lösungen besser geeignet sind.

Warum steht das Thema jetzt im Fokus?

Bund und Länder beraten, wie mehr Wohngebäude gegen Naturgefahren abgesichert und die Folgen zunehmender Schäden dauerhaft finanziert werden können. Rund 41 Prozent der Wohngebäude in Deutschland haben derzeit keinen Elementarschutz. Spätestens seit der Flutkatastrophe Bernd 2021 ist klar, dass es nicht nur um mehr Versicherungsverträge geht, sondern um ein tragfähiges System für wachsende Naturgefahren.

Was ist eine Elementarschadenversicherung?

Die Elementarschadenversicherung ergänzt die Wohngebäude- und Hausratversicherung. Sie schützt vor Naturgefahren, die in der klassischen Wohngebäudeversicherung in der Regel nicht automatisch enthalten sind. Dazu zählen insbesondere Überschwemmung durch Hochwasser, Starkregen und Rückstau. Sturm und Hagel sind in der Wohngebäudeversicherung in der Regel bereits enthalten.

Was ist die Grundposition der Versicherungswirtschaft?

Die Versicherungswirtschaft setzt sich für ein Gesamtkonzept ein, das Prävention, breiten Elementarschutz als Regelfall, tragfähige Lösungen für Hochrisikolagen und eine begrenzte staatliche Rückdeckung für außergewöhnliche Extremkatastrophen verbindet.

Wie groß ist das Schadenproblem?

Naturgefahren verursachen regelmäßig Milliarden Schäden. 2025 entstanden in der Sachversicherung rund 1,4 Milliarden Euro Schäden durch Naturgefahren, davon rund eine Milliarde Euro durch Sturm und Hagel und rund 400 Millionen Euro durch Elementargefahren wie Starkregen und Überschwemmung. Langfristig steigt das Risiko für Elementarschäden. Seit Beginn der GDV-Messungen 2002 verursachen Elementargefahren durchschnittlich rund zwei Milliarden Euro pro Jahr. 2025 war damit vergleichsweise ruhig. Einzelne Jahre lassen jedoch keine verlässlichen Rückschlüsse auf die langfristige Schadenentwicklung zu.

Frankreich hat eine sehr hohe Versicherungsdichte. Warum

ist das kein Vorbild für Deutschland?

Frankreich zeigt, dass eine hohe Abdeckung allein kein dauerhaft tragfähiges System garantiert. Das CatNat-System erreicht zwar eine Versicherungsdichte von rund 98 Prozent, wegen des Finanzierungsdrucks wurde die gesetzliche Zusatzprämie für Sachversicherungen zum 1. Januar 2025 jedoch von 12 auf 20 Prozent erhöht. Auch der französische Rechnungshof sieht die finanzielle Tragfähigkeit weiter unter Druck und fordert stärkere Prävention. Frankreich ist deshalb keine Blaupause für Deutschland.

Was hat der gleitende Neuwert mit der Debatte zu tun?

In Deutschland sind Wohngebäude in der Regel zum gleitenden Neuwert versichert. Damit kann ein beschädigtes Gebäude grundsätzlich in gleicher Art und Güte zu aktuellen ortsüblichen Baukosten und unter Berücksichtigung einschlägiger öffentlich-rechtlicher Anforderungen wiederhergestellt werden. Dieses Leistungsniveau ist für Verbraucherinnen und Verbraucher wichtig.

Wie könnte Elementarschutz zum Regelfall werden?

Nach dem Vorschlag der Versicherungswirtschaft könnte Elementarschutz im Neu- und Bestandsgeschäft durch Elementar Re zum Regelfall werden. Kundinnen und Kunden könnten dem Schutz nach transparenter Information über einen Opt-out-Mechanismus bewusst widersprechen. So ließe sich die Versicherungsdichte erhöhen, ohne die Vertragsfreiheit vollständig aufzugeben. Voraussetzung wären eine klare gesetzliche Grundlage, praktikable Dokumentationsregeln und ausreichende Umsetzungsfristen.

Welche Rolle spielt Elementar Re im Gesamtkonzept?

Die in Deutschland tätigen Versicherer haben ein Modell vorgelegt, das zeigt, wie Elementarschutz überall verfügbar, auf Dauer versicherbar und für die Menschen bezahlbar bleiben kann. Ausgangspunkt des Modells sind zwei Fragen. Wie bleibt der Schutz gegen Naturgefahren langfristig versicherbar und wie kann eine Risikoteilung mit dem Staat im Fall extremer Naturkatastrophen funktionieren. Im Kern geht es um mehr als 400.000 Wohngebäude in Deutschland, die in Gebieten liegen, in denen risikogerechte Prämien schwer zu stemmen wären. Für definierte Hochrisiko-Wohngebäude wäre eine nach Gebäudegröße gestaffelte Beitragsobergrenze vorgesehen. Die Differenz zur risikotechnisch erforderlichen Prämie könnte über eine breit verteilte Solidarumlage ausgeglichen werden. So ließe sich Bezahlbarkeit gezielt unterstützen, ohne die risikogerechte Prämienbildung für Normal- und Niedrigrisiken aufzugeben. Elementar Re wäre dabei kein Pflichtversicherungsmodell, sondern ein versicherungstechnischer Mechanismus für definierte Hochrisiko-Wohngebäude. Der Vertrag bliebe beim Erstversicherer, klar definierte Hochrisiken könnten an Elementar Re übertragen und dort gebündelt werden. Elementar Re wäre damit ein Baustein innerhalb eines größeren Gesamtsystems.

Wer zahlt am Ende und welche Rolle spielt der Staat?

Zunächst tragen Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer sowie Versicherer die laufenden Schäden. Risikogerechte Prämien, Rückversicherung und gegebenenfalls Elementar Re bilden die erste Sicherungslinie. Die Solidarumlage und der Sicherungsfonds stützen Hochrisikolagen zusätzlich. Der Staat bleibt in erster Linie für den rechtlichen Rahmen, Prävention und Katastrophenschutz verantwortlich. Mit einem Stop-Loss würde er im Konzept der Versicherungswirtschaft lediglich bei sehr seltenen Extremereignissen ab ungefähr 30 Milliarden

Euro eine ergänzende Rolle übernehmen, nicht die eines Erst- oder Dauer-Rückversicherers.

Was gilt für Eigentümer, die den Schutz abwählen und später staatliche Hilfe erwarten?

Wer sich nach transparenter Beratung bewusst gegen Elementarschutz entscheidet, kann grundsätzlich nicht darauf bauen, im Schadenfall wie eine versicherte Person über staatliche Ad-hoc-Hilfen gestellt zu werden. Sonst würden Versicherungsschutz und Eigenvorsorge entwertet und Fehlanreize verstärkt. Das Verhältnis zwischen dokumentiertem Opt-out und staatlichen Hilfen sollte gesetzlich geklärt werden. Unvermeidbare soziale Härtefälle sollten außerhalb des Versicherungssystems gezielt aufgefangen werden.

Warum ist Prävention so wichtig?

Versicherung kann Schäden ausgleichen, sie verhindert sie jedoch nicht. Gerade bei Starkregen, Hochwasser und Rückstau entscheidet Prävention darüber, ob Schäden überhaupt entstehen und wie groß sie ausfallen. Je besser Schäden vermieden werden, desto stabiler bleibt der Versicherungsschutz und desto geringer ist der Druck auf die Prämien. Prävention ist deshalb eine Voraussetzung für langfristige Versicherbarkeit.

Warum wird trotz bekannter Risiken weiter in Überschwemmungsgebieten gebaut?

In Risikogebieten wird weiter gebaut, weil Flächendruck, kommunale Entwicklungsinteressen und kurzfristige Wohnungsbauziele häufig stärker wirken als langfristige Vorsorge. Hinzu kommt, dass Verantwortung und Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Eigentümern aufgeteilt sind. Seit dem Jahr 2000 sind in Deutschland rund 2,7 Millionen neue Wohngebäude entstanden. Mehr als 32.000 davon stehen in Überschwemmungsgebieten. Insgesamt liegen etwa 300.000 Wohngebäude in hochgefährdeten Gebieten.

Welche gesetzlichen und kommunalen Änderungen braucht es?

Bund und Länder sollen Naturgefahren und Klimafolgen stärker im Wasserrecht, Baurecht und Planungsrecht verankern. Wichtig sind unter anderem Bauverbote in vorläufig gesicherten und amtlich festgesetzten Überschwemmungsflächen, ein bundesweites Naturgefahrenportal und ein Naturgefahrenausweis für Gebäude. Kommunen können Risiken vor Ort durch Flächenplanung, Entsiegelung, Rückhalteflächen, Hochwasserschutz und Starkregenvorsorge verringern. Dafür brauchen sie Planungssicherheit, ausreichende Finanzierung und rechtliche Handlungsspielräume.

Was können Kommunen konkret tun, um Risiken zu verringern?

Kommunen können Bauleitplanung und Flächennutzung so gestalten, dass Überschwemmungsgebiete freigehalten werden. Sie können Flächen entsiegeln, Rückhaltebecken schaffen, Hochwasserschutzanlagen ausbauen und Konzepte gegen Starkregen entwickeln. Wichtig sind zudem funktionierende Warn- und Alarmketten, Notfallpläne und die Information der Bevölkerung. Nur wenn öffentliche Schutzmaßnahmen und private Vorsorge zusammenwirken,

bleibt Elementarschutz langfristig bezahlbar.

Wie wirkt sich mehr Elementarschutz auf die Prämien insgesamt aus?

Elementarschutz kostet Geld, weil reale Risiken abgesichert werden. Eine höhere Versicherungsdichte bedeutet zunächst, dass mehr Risiken im System erfasst sind. Dadurch steigen die insgesamt versicherten Schadensummen. Gleichzeitig hilft eine breite Basis, Extremschäden auf viele Schultern zu verteilen. Die Versicherungswirtschaft will mit risikogerechten Prämien, Elementar Re für Hochrisikolagen und klaren Präventionsanforderungen erreichen, dass Versicherungsschutz langfristig bezahlbar bleibt. Je besser Schäden vermieden werden, desto weniger Druck entsteht auf die Prämien.

Was sollten Versicherte bereits heute tun?

Versicherte sollten ihren bestehenden Wohngebäude- und Hausratvertrag prüfen. Wichtig ist, ob Elementarschäden ausdrücklich eingeschlossen sind. Besteht kein Schutz, sollten sie mit ihrem Versicherer klären, welche Nachversicherungsmöglichkeiten bestehen und welche Bedingungen gelten. Darüber hinaus lohnt sich ein Blick auf Präventionsmaßnahmen am Gebäude. Dazu gehören etwa Schutz gegen Rückstau, die Sicherung von Kelleröffnungen, hochgelegene Strominstallationen sowie Notfallpläne für den Fall eines Unwetters. Versicherungsschutz und Prävention ergänzen sich und erhöhen gemeinsam die Widerstandskraft. Wer das eigene Hochwasser- und Starkregenrisiko einschätzen will, kann dafür den adressgenauen, kostenlosen GDV-Hochwasser-Check verwenden.

<https://www.gdv.de/gdv/themen/klima/fragen-und-antworten-zur-debatte-um-eine-elementarschaden-pflichtversicherung--202354>